

Mahnmal

Knackpunkt Standort

Grüne und Linken-Abgeordnete kritisieren Verfahren zur Suche nach Gedenkstelle

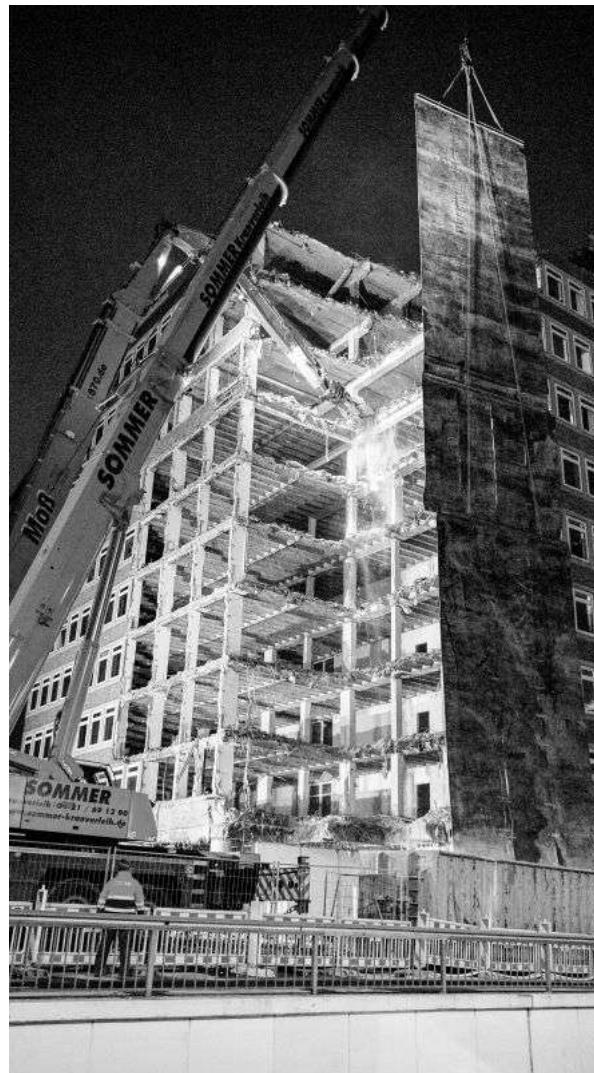


HIER STOCKT ES: NOCH WIRD EIN ORT FÜR ANGIE OETTINGSHAUSENS MAHNMAL GESUCHT.

Bremen. Während der Streit über den Standort eines sogenannten Arisierungsmahnmals eskaliert, nimmt der Abbruch des Kühne + Nagel-Hauses an der Wilhelm-Kaisen-Brücke Formen an. Hatten Arbeiter in den vergangenen zwei Wochen zunächst Fassade und Fenster an der Ostseite des Gebäudes entfernt, dringen sie nun mit schwerem Gerät ins Innere des Gebäudes vor. Nicht mehr lange, und die prominente Ecke in der Bremer Innenstadt wird nicht mehr wiederzuerkennen sein. Die Abbrucharbeiten sollen bis Mitte Mai abgeschlossen sein, damit das Unternehmen den Bau seines neuen Stammsitzes angehen kann. Kühne + Nagel investiert dort 26 Millionen Euro. Künftig sollen sämtliche rund 800 Mitarbeiter in der Hansestadt im Neubau an der Weser untergebracht sein.

Ob sie dann in unmittelbarer Nähe ihres Arbeitsplatzes auch mit der Vergangenheit des Unternehmens konfrontiert werden, ist immer noch strittig. Kühne + Nagel hat bislang ausgeschlossen, auf seinem Grundstück ein Mahnmal zuzulassen, das an die Beteiligung des Unternehmens am Raub an Juden während der NS-Zeit erinnert. Kühne + Nagel war nach Recherchen von Historikern maßgeblich an der „Aktion M“ der Nazis beteiligt. Dabei wurden zwischen 1942 und 1944 die Möbel aus etwa 70 000 Wohnungen der geflüchteten oder deportierten jüdischen Bevölkerung in den besetzten westeuropäischen Ländern nach Deutschland geschafft.

Nachdem sich im Verlauf dieser Woche andeutete, dass nun das Schulzentrum an der Grenzstraße in Walle als Standort für das sogenannte Arisierungsmahnmal infrage kommt, hagelt es Kritik vonseiten der Bürgerschaftsfraktion. „Gerade weil in Bremen viele von der systematischen Enteignung der Juden profitiert haben, gehört der Gedenkort ins Stadtzentrum“, heißt es aus der Grünen-Bürgerschaftsfraktion. „Es gibt einen eindeutigen Beschluss des Parlaments, es gibt einen ausgezeichneten Mahnmal-Entwurf, und es gibt einen geeigneten Standort unterhalb des Kühne + Nagel-Neubaus“, sagt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kirsten Kappert-Gonther und gibt zu bedenken: „Standort-Verhandlungen ohne Einbeziehung der maßgeblichen Mahnmal-Initiatoren aus der Zivilgesellschaft und unter Ausschluss des Parlaments halten wir für den falschen Weg – es muss ein transparentes Verfahren geben.“



BEIM ABBRUCH DES KÜHNE + NAGEL-GEBAUDES GEHT ES VORAN. IM MAI SOLL ES DEM ERDBODEN GLEICH GE- MACHT SEIN.

Am Dienstag hatte der WESER-KURIER berichtet, dass die Grenzstraße und weitere mögliche Standorte seit Monaten in kleiner Runde diskutiert werden. An den Gesprächen beteiligt waren unter anderem Vertreter von Kühne + Nagel, des Logistikunternehmens BLG und der Bundesvereinigung Logistik sowie Bürgermeister Carsten Sieling. Thema dieser Runde war demnach auch die Finanzierung des Vorhabens. So könnten sich das Unternehmen, die Stadt und ein von der Zeitung „taz“ initiiertes Crowdfunding-Projekt die Kosten teilen.

Bei den Initiatoren kommt ein derartiger Plan allerdings gar nicht gut an: „Dass wir ein alleiniges Mahnmal im Westend mitfinanzieren, halte ich für ausgeschlossen – auch, wenn jemand mit diesem Ansinnen auf uns zukommen sollte“, sagt Henning Bleyl, der das Mahnmal für die „taz“ initiiert hat. Man könnte selbstverständlich über weitere Gedenkstandorte diskutieren. Etwa am Weserstadion, wo damals die gestohlenen Möbel an die Bremer verkauft wurden. Diese Gedenkorte eigneten sich aber nur als spätere Korrespondenzen zum Mahnmal am historischen Ort, an dem die Geschäfte abgewickelt wurden: am Stammsitz von Kühne + Nagel.

Auch die Linken halten ein Abrücken vom Unternehmensstandort zwischen Weser und Martinistraße für nicht statthaft. „Was jetzt passiert, ist ein Trauerspiel“, sagt die Abgeordnete Claudia Bernhard. „Kühne + Nagel kauft sich mit seinem Einfluss davon frei, dass das Mahnmal am Hauptsitz des Unternehmens an dessen NS-Geschichte erinnert.“ Bernhard zufolge kann der Eindruck entstehen, dass der Senat vor dem Unternehmen kusche, da es seine finanzielle Unterstützung für den Bau einer Berufsschule zurückziehen könnte. Anstatt sich mit seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen, diktieren es nun die Art des Erinnerns.

SPD-Fraktionschef Björn Tschöpe erinnert daran, dass sich die Stadtbürgerschaft dafür ausgesprochen hat, bei der Suche nach einem Standort für das Mahnmal insbesondere das Umfeld des Unternehmensneubaus ins Auge zu fassen. Allerdings habe man sich noch nicht festgelegt. Es gelte nun, einen Konsens zu finden, und dabei sei es „problematisch, wenn man mit dem Beharren auf einen möglichen Standort in das exklusive Entscheidungsrecht der Beiräte über die Aufstellung von Denkmälern eingreifen wolle. „Wer so vorgeht“, so Tschöpe, „leistet dem gemeinsamen Anliegen der Bremer Bürgerschaft einen Bärendienst.“

„Was jetzt passiert,

ist ein

Trauerspiel."

Claudia Bernhard, Die Linke
